

Steuer-Initiative der Mitte

Die sogenannte Fairness-Initiative der Mitte («Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!»), will die Heiratsstrafe abschaffen und gleichzeitig in der Bundesverfassung verankern, dass Ehepaare gemeinsam besteuert werden. Dabei sollen ihre Einkommen zusammengerechnet werden, ohne dass daraus gegenüber unverheirateten Personen eine steuerliche Benachteiligung entsteht.

Die Steuer-Initiative schafft ein Steuer-Wirrwarr, denn sie betrifft nur die Bundessteuer. Dort wäre die Individualbesteuerung nicht mehr zulässig. In den Kantonen bleibt diese aber unabhängig vom Ausgang dieser Abstimmung bestehen. Das hat der Bundesrat klar festgehalten. Ehepaare würden also künftig gemeinsam für den Bund und einzeln für den Kanton veranlagt, im schlechtesten Fall mit drei Steuererklärungen – ein riesiger Mehraufwand für Bevölkerung und Behörden.

Wie die Initiative konkret umgesetzt werden soll, bleibt offen: Möglich wären etwa ein Splitting-Modell oder eine alternative Steuerberechnung. Auch innerhalb der Mitte besteht keine Einigkeit darüber, wie die Initiative umgesetzt werden soll. Der Bundesrat rechnet je nach Modell mit Steuerausfällen von bis zu drei Milliarden Franken pro Jahr. Profitieren würden vor allem Ehepaare mit sehr hohen Einkommen.

Die Steuer-Initiative ist eine Zwängerei. Sie schafft ein Steuer-Wirrwarr und sorgt für jahrelange Unsicherheit. Sie würde zu mehr Bürokratie für Bürgerinnen und Bürger führen wie beim Staat. Bundesrat und Parlament empfehlen die Initiative deshalb ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Zudem steht die Initiative im Widerspruch zu dem, was das Stimmvolk im März 2026 mit der Annahme der Individualbesteuerung entschieden hat. Diese sieht vor, dass jede Person unabhängig vom Zivilstand ihr eigenes Einkommen und Vermögen versteuert. Verheiratete Personen werden damit künftig gleich besteuert wie unverheiratete Personen.

Die GLP hat sich stark für die Individualbesteuerung eingesetzt und lehnt die sogenannte Fairness-Initiative der Mitte klar ab.

Argumente der GLP

1. Die Initiative ist unnötig: Die Heiratsstrafe wurde bereits abgeschafft

Das zentrale Anliegen der Initiative ist bereits gelöst: Im März 2026 hat die Stimmbewölkerung die Heiratsstrafe abgeschafft, indem sie die Individualbesteuerung angenommen hat. Künftig werden verheiratete und unverheiratete Personen nach demselben System besteuert. Die Initiative ist deshalb unnötig!

2. Die Initiative stiftet ein Steuer-Wirrwarr: Bis zu drei Steuererklärungen!

Die Initiative betrifft nur die Bundessteuer. Die beschlossene Individualbesteuerung gilt dagegen für Bund, Kantone und Gemeinden. Selbst bei Annahme der Initiative bleibt deshalb die Verpflichtung der Kantone zur Individualbesteuerung bestehen. Es würden also zwei komplett unterschiedliche Systeme gelten: beim Bund die gemeinsame Besteuerung, in den Kantonen und Gemeinden die Individualbesteuerung. Konkret könnte das für Ehepaare zwei separate Steuererklärungen für Kanton und Gemeinde bedeuten – und eine dritte, gemeinsame Steuererklärung für den Bund. Das wäre mit einem riesigen Mehraufwand für Bevölkerung und Behörden verbunden.

3. Die Initiative trifft den Volksentscheid vom März mit Füßen:

Am 8. März lagen beide Konzepte auf dem Tisch. Nur ein halbes Jahr später soll das Stimmvolk nun erneut über dieselbe Frage befinden, noch bevor der Entscheid überhaupt umgesetzt ist. Selbstverständlich ist eine Volksinitiative ein legitimes Recht, aber wer einen Volksentscheid nicht akzeptieren will und ihn vor dem

Inkrafttreten wieder umstösst, betreibt Zwängerei auf Kosten der Allgemeinheit: mit Millionen für einen zweiten Abstimmungskampf, mit blockierten Verwaltungen und mit jahrelanger Ungewissheit für alle Steuerpflichtigen.

4. Die Initiative steht für ein konservatives Familienbild

Bei der von der Initiative vorgesehenen gemeinsamen Besteuerung würden Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren steuerlich bevorzugt. Damit schafft die Mitte eine neue Ungleichbehandlung aufgrund des Zivilstands. Das ist nicht zeitgemäss! Der Zivilstand darf nicht darüber entscheiden, wie viel Steuern man bezahlt.

5. Die Initiative ist teuer und gibt Steuergeschenke für hohe Einkommen

Je nach Umsetzung betragen die Ausfälle 0,7 bis 3 Milliarden Franken – jedes Jahr und ohne Gegenfinanzierung. Und das ausgerechnet am gleichen Abstimmungssonntag, an dem wir über eine Mehrwertsteuer-Erhöhung für die AHV entscheiden. Zudem: Egal mit welchem Modell man rechnet – Vollsplitting, Teilsplitting oder alternative Steuerberechnung: Die Initiative entlastet vor allem die 10 Prozent der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen. Die Mittelschicht wird, wenn überhaupt, nur geringfügig entlastet, bei gewissen Modellen bezahlt sie sogar mehr.

